

## **1. Einleitung**

Im Folgenden sollen die Geschehnisse im Zusammenhang mit der Veranstaltung zu „Antisemitismus und Antiziganismus in Ungarn“ am 21. November 2009 mit Karl Pfeifer zusammengefasst und ausführlich analysiert werden, um daran anschließend eine Kritik an den Entscheidungen der Hausversammlung des AJZ vom 19. November 2009 zu formulieren. Zusätzlich wollen wir die Strukturen im AJZ kritisieren und zu der Kritik an der Antifa-AG Stellung nehmen – dies geschieht hier im Teil „Kritische Selbstreflexion“.

## **2. Wahrnehmung der Geschehnisse**

Die oben genannte, von der Antifa-AG an der Uni und dem Antifa-Referat der FH organisierte, Veranstaltung sollte in Kooperation mit der Kneipengruppe des AJZ im AJZ-Kino stattfinden. Das AJZ-Kino ist an ein Ort, an dem die Antifa-AG schon des Öfteren Veranstaltungen gemacht hat.

Will man im AJZ als externe Gruppe eine Veranstaltung machen, ist es das gängige Verfahren, dass sich diese Gruppe an eine der sogenannten Hausgruppen wendet. Stimmt diese zu, gilt sie dann im AJZ als Trägerin der Veranstaltung. Im Fall der Veranstaltung, um die es hier geht, wurde die oben bereits erwähnte Kneipengruppe angefragt.

Die Kneipengruppe wurde von Leuten aus der Antifa-AG etwa drei Wochen vor dem geplanten Veranstaltungstermin angefragt. Die Kneipengruppe ging mit dem Hinweis, dass es keine Probleme geben sollte, mündlich auf den Kooperationsvorschlag ein – wie dies auch schon bei anderen Veranstaltungen, die die Antifa-AG mit der Kneipengruppe zusammen veranstaltet hatte, der Fall gewesen war.

Sechs Tage vor der Veranstaltung hat die Kneipengruppe dann per Email die Kooperation aufgekündigt – Gründe wurden in dieser Mail nicht genannt. Die Email erreichte die AG kurz vor dem Wochenende. Sie wurde daher erst direkt nach dem Wochenende, 4 Tage vor der Veranstaltung, gelesen. Es gab in dieser Mail einzig den Hinweis darauf, dass die Aufkündigung der Kooperation mit der Person des Referenten zu tun habe. Auf direkte Rückfrage per Mail noch an dem Tag, an dem die Mail gelesen wurde, ob denn die Veranstaltung trotzdem im AJZ stattfinden könne, z.B. in Kooperation mit einer anderen Gruppe, wurde die Antifa-AG auf die Hausversammlung (HV) am darauf folgenden Tag verwiesen. Die Hausversammlung ist das Entscheidungsgremium im AJZ. Auf dieser HV, zwei Tage vor der Veranstaltung, führten einzelne Personen der Kneipengruppe Bedenken gegen das Stattfinden der Veranstaltung im AJZ an. So wurde von einer Person gleich zu Anfang geäußert, dass sie sich eine Veranstaltung mit Karl Pfeifer im AJZ nicht vorstellen könne. Im AJZ gilt auf der Hausversammlung das Konsensprinzip, so dass ein Nichteinverständnis Einzelner automatisch ein allgemeines Veto bedeutet. In diesem Fall bedeutete das Veto einzelner Mitglieder der Kneipengruppe, dass die Veranstaltung der AG mit Karl Pfeifer nicht nur nicht wie geplant, sondern überhaupt nicht im AJZ stattfinden konnte.

Begründet wurde dieses Veto mit der unrecherchierten Aussage, der Referent habe vermutlich zwischen 1947 und 1950 in einer Eliteeinheit der israelischen Armee gedient, die ein „Massaker“ in einem palästinensischen Dorf verübt haben solle. Darüber hinaus wurde fälschlicherweise behauptet, es gebe seitens Karl Pfeifer keine öffentlichen Äußerungen zu seiner militärischen Vergangenheit. An dieser Stelle wurde zwar nicht direkt gesagt Karl Pfeifer, müsse sich von dem eventuell von seiner militärischen Einheit verübten und in diesem Falle ihm anzulastenden „Massaker“ distanzieren. Es wurde aber vorgeschlagen, die Veranstaltung zu verschieben, ihn zu kontaktieren und um eine

Stellungnahme zu bitten. Karl Pfeifer sollte sich zu den Fragen positionieren. Die Tatsache, dass er sich positionieren sollte, bedeutete aber unserer Meinung nach, dass man ihm eine Verwicklung in die Geschehnisse unterstellte und ihn insofern auch als konkret belastet ansah (siehe 3.1).

Die HV hat das Veto akzeptiert und die Veranstaltung konnte nicht im AJZ stattfinden. Faktisch kam diese Entscheidung einem Veranstaltungsverbot gleich – selbst wenn wir es gewollt hätten, was nicht der Fall war, wie und mit welcher Begründung hätte man Karl Pfeifer kontaktieren sollen? Einen über 80jährigen Referenten, der auf Vortragsreise ist? Wir haben die Veranstaltung kurzfristig in die Räume des AStA der FH Bielefeld verlegt, wo sie dann auch zum vorgesehenen Termin stattfand.

### **3. Stellungnahme**

#### **3.1 Inhaltliche Kritik Antisemitismus**

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Unterscheidung antisemitisch, Antisemitismus, Antisemit\_innen ist uns wichtig. Wir haben uns bewusst dafür entschieden, diesem Teil keine Definition von Antisemitismus voranzustellen. Antisemitismus ist ein zu weitreichendes und vielschichtiges gesellschaftliches Phänomen, als dass wir es hier definieren könnten und wollten. Wir sehen uns aber sehr wohl dazu in der Lage, hier darzustellen warum bestimmte Momente der Diskussion auf der Hausversammlung im AJZ, in deren Rahmen die Entscheidung gefällt wurde, dass die Veranstaltung mit Karl Pfeifer nicht im AJZ stattfinden kann, als antisemitisch bezeichnet werden können.

Wenn wir im Folgenden davon sprechen, dass etwas antisemitisch war, meinen wir damit nicht, dass Antisemitismus Ziel und Zweck der Diskussion war. Wir gehen nicht davon aus, dass Antisemitismus wissentlich und willentlich eingesetzt wurde. Wir gehen auch nicht davon aus, dass die Personen, die die Entscheidung gefällt haben, Antisemit\_innen sind, also Personen, die absichtsvoll und überzeugt antisemitische Meinungen vertreten und dementsprechend handeln.

Damit ist allerdings auch keine Entlastung der Entscheidungsträger\_innen gemeint. Antisemitisches Handeln wird dadurch nicht weniger problematisch, dass es nicht absichtsvoll geschieht. Es ist zu vermuten und es ist verständlich, dass die meisten Menschen es nicht gerne hören und abwehren, wenn man ihnen vorhält, sie dächten oder verhielten sich antisemitisch. Auf diesen Vorwurf allerdings so zu reagieren, als sei man sich seiner Sache absolut sicher und sich nicht zu fragen, ob an dem Vorwurf nicht doch vielleicht etwas dran sein könnte, finden wir problematisch. Antisemitische Denkstrukturen oder antisemitisches Verhalten nicht zu reflektieren, ist nicht nur gefährlich, sondern wirft nach auch ein seltsames Licht auf diejenigen, die ansonsten für sich in Anspruch nehmen, einen universalistischen emanzipatorischen Standpunkt zu vertreten.

Im Folgenden wollen wir darlegen, an welchen Stellen innerhalb der Diskussion antisemitische Momente zutage getreten sind. Dazu wollen wir zunächst auf den Ablauf der Diskussion eingehen, dann auf Kommentare, die im Argumentationszusammenhang mit der Absage fielen, sowie die Bedeutung, die die Entscheidung für Karl Pfeifer persönlich hatte.

## **Ablauf**

Es ist durchaus nicht ungewöhnlich, dass im AJZ Veranstaltungen aus inhaltlichen Gründen oder Gründen, die eine Person betreffen, nicht stattfinden können, wenn die Hausversammlung sich dagegen ausspricht.<sup>1</sup>

In diesem konkreten Fall wurde eine Veranstaltung aufgrund von ungeprüften Behauptungen faktisch abgesagt. Entscheidungen aufgrund von Verdachtsmomenten zu treffen, ist bereits an sich ein fragwürdiges Verfahren. Dass die Verdachtsmomente sich sehr leicht als zweifelhaft hätten herausstellen können, macht die Tatsache, dass allein aufgrund des Verdachts entschieden wurde, umso problematischer. Dass die Entscheidung aufgrund eines Gerüchtes in diesem Fall einen Juden, einen Überlebenden der Shoah und langjährigen Antifaschisten trifft, der eingeladen ist, einen Vortrag zu Antisemitismus und Antiziganismus in Ungarn zu halten, ist mehr als skandalös. Dass die Tatsache, dass einem Gerücht über einen Juden Glauben geschenkt wurde, von antisemitischen Denkstrukturen zeugt.

Das Gerücht über die Juden ist elementarer Bestandteil antisemitischer Ideologie und Praxis. Das Gerücht funktioniert sowohl durch diejenigen, die es vorbringen, wie auch durch diejenigen, die es glauben. In diesem Konstrukt erscheinen Juden und Jüdinnen als prinzipiell verdächtig. Da diejenigen, die den Verdacht vorbringen, davon ausgehen, dass dieser Verdacht für glaubwürdig gehalten wird, dass sie also verstanden werden, brauchen sie die Unterstellungen nicht weiter zu begründen und zu belegen. Diejenigen, die dem Verdacht Glauben schenken, fordern keine Informationen ein, weil sie geneigt sind, das Gerücht für wahr zu halten.<sup>2</sup> Oder, wie Karl Pfeifer es im Nachhinein ausgedrückt hat: „When I was a child I heard that the jew is guilty.“<sup>3</sup>

Selbstverständlich sind nicht nur Jüdinnen und Juden von Unterstellungen betroffen. Auch andere soziale Gruppen oder Einzelpersonen sind von Vorurteilen und Gerüchten betroffen. Trotzdem bleibt es eine Tatsache, dass das Gerücht wesentlicher Bestandteil des Antisemitismus ist. Verbreitet man Gerüchte über Juden oder schenkt diesen Glauben, bewegt man sich in antisemitischen Denkmustern.<sup>4</sup>

Es zeugt von mangelnder Auseinandersetzung mit der Funktionsweise und den Merkmalen des Antisemitismus, wenn eine auf Gerüchten basierende Entscheidung gegenüber einem Shoahüberlebenden in Stellung gebracht werden kann, um einen Vortrag mit diesem nicht stattfinden zu lassen. Wenn dies den Beteiligten im Prozess der Entscheidungsfindung nicht selbstkritisch aufgefallen ist, ist dies eine Sache. Dass nach wie vor in der Stellungnahme des AJZ keine Bereitschaft zu erkennen ist, sich diesen Mechanismus bewusst zu machen, eine andere.

Zudem wurde im Rahmen der Hausversammlung, in deren Verlauf die Veranstaltung abgesagt wurde, eingefordert, der Referent möge sich zu einem Massaker einer Einheit positionieren, mit dem er aber eventuell gar nichts zu tun habe. Es wurde eingefordert, er müsse also, bevor eine Veranstaltung mit ihm stattfinden könne, sich seiner Vergangenheit stellen und ein Urteil über sie fällen.

Es ist in unseren Augen eine Ungeheuerlichkeit gegenüber dem Referenten, dass Menschen in Deutschland über das Recht und das Maß entscheiden wollen, mit dem sich Überlebende direkt nach der Shoa zu Wehr setzten. Dies ist absolut verfehlt und anmaßend. Wir werden uns an solch einem Prozess nicht beteiligen und distanzieren uns von diesem Ansinnen.

---

<sup>1</sup>Wir finden dieses Prozedere auch an sich problematisch. Siehe Kapitel 3.2.

<sup>2</sup>Diffamierung als Brunnenvergifter, Ritualmörder oder Weltverschwörer.

<sup>3</sup>„Als ich ein Kind war, hörte ich: „Der Jude ist schuldig“.“

<sup>4</sup>Um dies an einem weiteren Beispiel zu illustrieren: Vertritt die Meinung vertreten, Juden als Gruppe seien „einflussreich“ oder „einflussreicher“ als andere, schließt man damit an antisemitische Denkmuster an – auch dann, wenn es andere gesellschaftliche Gruppen wie, in jüngster Zeit die „68'er“, gibt, denen großer, und das heißt immer auch, zu großer Einfluss, unterstellt wird.

Die Forderung, Karl Pfeifer möge sich positionieren, mindestens ebenso fragwürdig. Zwar wurde einerseits eingestanden, dass es gar nicht sicher sei, dass Karl Pfeifer an einem Massaker beteiligt gewesen ist, andererseits wurde aber von ihm verlangt, er möge dazu Stellung beziehen.

Es gibt zwei Möglichkeiten, aus denen heraus diese Forderung logisch gesehen sinnvoll erscheint: Erste Logik: Man will von ihm eine Stellungnahme, weil man letztlich doch annimmt, dass er beteiligt gewesen ist – auch wenn man zugleich sagt, dass man sich dessen nicht sicher sei. So sicher, dass man eine Stellungnahme von ihm will, ist man sich aber schon... Diejenigen, die aus dieser Logik heraus Karl Pfeifer nahelegen, sich zu distanzieren, zugleich aber behaupten, dieses Ansinnen sei kein Vorwurf, sagen entweder die Unwahrheit oder sind sich ihrer eigenen Widersprüchlichkeit nicht bewusst. Zweite Logik: Man meint zwar ernsthaft nicht, dass er an dem Massaker beteiligt gewesen ist, fordert aber trotzdem eine Stellungnahme. Hier stellt sich nun die Frage: Warum sollte man von jemandem verlangen Stellung beziehen zu einer Sache, von der man weiß, dass er sie nicht gemacht hat?

Dies ist prinzipiell kein abwegiger Gedanke. In Zusammenhängen, in denen die gemeinsame Basis eine politische ist, kann durchaus sinnvoll eine Person aufgefordert werden, zu Vorfällen Stellung zu nehmen, an denen diese nicht beteiligt war. Diese zu fordernde und zu erwartende Positionierung würde aber eine politische sein – die Person würde aufgefordert, sich zu positionieren, das heißt sich politisch zu einem Ereignis so oder so zu stellen. Ob sie das dann macht, sei dahingestellt. Auch sollte ein inhaltlicher Zusammenhang zu der Situation gegeben sein, in der die Positionierung erfolgen soll.<sup>5</sup>

Wurde aber hier eine Positionierung gewollt, weil sie politisch zu begründen gewesen wäre und ein inhaltlicher Bezug zur Veranstaltung bestand? Eine solche Positionierung wurde hier nicht gewollt. Warum sollte Karl Pfeifer, der Kämpfer im Unabhängigkeitskrieg Israels war, zu den Ereignissen an einem Massaker, an dem er nicht beteiligt war, Position beziehen?

Eine politische Notwendigkeit besteht hier nicht, ebenso wenig wie ein inhaltlicher Zusammenhang zu Karl Pfeifers geplantem Vortrag über Antisemitismus und Antiziganismus in Ungarn. Die einzige Verbindung zwischen dem Ereignis, zu dem Stellung bezogen werden soll, und der Person, die Stellung beziehen soll, wäre hier sinnvoll eine, die über die Person hergestellt wird. Welcher Art aber ist diese Beziehung? Besteht sie darin, dass er Jude ist? Dass er Israeli ist? Dass er Zionist ist? Hätte er dann damit zu rechnen, sich zu Geschehnisse, die im Verlaufe der Geschichte und Vorgeschichte des Staates Israel im Namen Israels verübt wurden, äußern zu müssen?<sup>6</sup>

Es bleiben zur Interpretation der Forderung nach Positionierung also nur zwei Möglichkeiten, die gleichermaßen seltsam sind: Entweder es wird ihm, siehe oben, siehe Gerücht, etwas unterstellt. Dies würde an antisemitische Denkmuster anschließen. Oder es wird ihm abverlangt, sich für Vergehen eines nicht näher bestimmten Kollektivs verantwortlich zu erklären. Auch hier bewegt man sich leider sehr nahe an einer Schuldzuweisung im Sinne eines „[...] the jew is guilty“.

## **Kommentare**

Im Rahmen der Hausversammlung, auf der die Entscheidung getroffen wurde, fielen Kommentare, die für uns auch auf antisemitische Denkstrukturen hinweisen. Sie wurden zwar erst nach der eigentlichen Entscheidung vorgebracht. Es scheint uns jedoch nicht

<sup>5</sup>Ist der Fall denkbar und würde man es für sinnvoll erachten, dass ein älterer deutscher Antifaschist, der eingeladen ist, in Österreich einen Vortrag zur „Kritik der Heteronormativität“ zu halten, beispielsweise gebeten wird, sich zu Aktionen der RZ zu äußern, die er vor Jahren mit einem Flugblatt unterstützt hatte?

<sup>6</sup>Um bei dem Beispiel des deutschen Antifaschisten zu bleiben – würde man von ihm erwarten, dass er sich von Verbrechen der Bundesregierung oder der Bundeswehr distanziert, selbst wenn er vor Jahren „gedient“ haben sollte? Zumal wenn er seinen Vortrag zu jenem Thema hält?

plausibel *nicht* anzunehmen, dass das Gesagte als „Nachtrag“ zu der Diskussion gemeint war – warum wurde es gesagt, wenn nicht als, wenn auch nachträgliches, Argument gegen die Veranstaltung? Die Kommentare sind unserer Meinung nach inhaltlich im Zusammenhang mit der Entscheidung zu sehen und sollen hier daher näher betrachtet werden.

Es wurde die Aussage getätigt, man würde die „Gruppe Schwarzer September“ ja auch nicht einladen.<sup>7</sup> Es drängt sich die Annahme auf, dass diejenigen Personen, die auf der Hausversammlung so argumentierten, einen qualitativen Vergleich zu dem „Massaker“ liefern wollten, mit dem Karl Pfeifer in Verbindung gebracht worden war. Der Vergleich erfolgte aber nicht in der Hinsicht, dass die Unterschiede zwischen den beiden Ereignissen betont werden sollten, sondern war als Gleichsetzung gemeint. Welchen Sinn macht die Aussage, Angehörige der „Gruppe Schwarzer September“ wolle man ja *auch* nicht einladen, wenn man nicht der Meinung ist, dass die Aktivitäten beider Gruppen qualitativ gleichsetzbar seien.

Zunächst kann man sich fragen, ob man sich einem „Massakervergleich“ überhaupt beteiligen möchte. Es scheint jedoch durchaus sinnvoll und nicht grundsätzlich problematisch, einen Vergleich zwischen verschiedenen Aktionen, in denen getötet wurde, zuzulassen – wie sonst will man beispielsweise zu einer vernünftigen Bewertung des Aufstandes im Warschauer Ghetto im Vergleich mit Mordaktionen der SS kommen? Um zu bestimmen, ob man grundsätzlich die eine mit dem anderen Situation vergleichen kann, bedarf es der Analyse der historisch-politischen Umstände, in der sie stattfand, der Mittel, die eingesetzt wurden, und der Ziele, die mit der Aktion an sich verbunden waren. In diesem Fall wird die Tatsache, dass 1978 eine palästinensische Gruppe fast die gesamte israelische Olympiamannschaft tötete, damit gleichgesetzt, dass eine paramilitärische Gruppe palästinensische Zivilist\_innen umbrachte. Von Seiten der palästinensischen Gruppe wurde kein Vergleich hergestellt – und sei es in der Form, dass die Tötung der Olympiamannschaft als Rache für eine Tötung von Zivilist\_innen Ende der 1940er Jahre angesehen worden wäre. Die Gleichsetzung ist also ein Konstrukt, das durch die Person entstand, die die Gleichsetzung vornahm.

Die Aktionen kann man, und muss man, will man sie vergleichen, wie oben bereits angesprochen, hinsichtlich der historisch-politischen Situation, in der sie stattfanden, der Mittel, die eingesetzt wurden, und der Ziele, die mit der Aktion an sich verbunden waren, betrachten. Damit ist zunächst keine Gleichsetzung verbunden. Ob sie gleichgesetzt werden können, wäre anhand der genannten Kriterien erst zu prüfen. Die Aussage, man wolle ja auch keine Angehörigen der „Gruppe Schwarzer September“ einladen, erfüllt zunächst keine dieser Kriterien – sie ist vielmehr suggestiv. Hier wird nicht begründet, sondern unterstellt (siehe oben: Gerücht). Dass diese Bedingungen hier nicht erfüllt wurden, finden wir problematisch.

Noch ein Weiteres kommt hinzu. Der Vergleich mit einem anderen Massaker wurde wahrscheinlich gewählt, um das AJZ von dem Vorwurf zu entlasten, man würde sich mit der Nicht-Einladung von Karl Pfeifer antisemitisch verhalten. Man würde Karl Pfeifer, da er (wahrscheinlich) ein Massaker mit verübt habe, ebenso wenig einladen wie andere Personen, die ein Massaker verübt haben. Um das Massaker zu diskreditieren, hätte man es auch mit jedem anderen politisch motivierten Massaker vergleichen können. Es wurde aber jenes der „Gruppe Schwarzer September“ gewählt. Was hat das zu bedeuten? Warum der Vergleich mit der „Gruppe Schwarzer September“?

Es fiel außerdem die Bemerkung, dass Karl Pfeifer „Zionist“ sei. Dies ist zunächst einmal

---

<sup>7</sup> Interessant ist hier auch, dass in dieser Aussage, die Vermutung, Karl Pfeifer sei an einem Massaker beteiligt gewesen, nun zu einer Gewissheit wird – man würde ja *auch* nicht... Was macht das „auch“ für einen Sinn, wenn nicht angenommen wird, Karl Pfeifer hätte tatsächlich an dem Massaker teilgenommen?

eine unbewiesene Behauptung.<sup>8</sup> Auch dieser Gedanke entspricht also der Denkstruktur des Gerüchtes über den Juden. Da nicht erläutert wurde, was das bedeuten soll, wurde offenkundig vorausgesetzt, dass „verstanden wurde“.

Nicht nur auf der Ebene der Struktur ist diese Aussage problematisch, auch inhaltlich ist sie als antisemitisch aufzufassen. Der Begriff „Zionist“ ist nicht klar definiert und kann auch zunächst nur beschreibend gemeint sein. Innerhalb der historischen Bewegung des Zionismus gab es durchaus sehr widerstreitende Auffassungen davon, wer „Zionist“ ist und was darunter zu verstehen ist. Allein den politischen GegnerInnen des Zionismus und der Zionist\_innen war immer klar, wen sie damit meinten: Juden. Es war aber für Antizionist\_innen nicht nur klar, dass damit Juden und Jüdinnen gemeint waren, sondern dass diese Juden eine Gefahr darstellten. Er war und ist insofern antisemitisch. Ob sich die Jüdinnen und Juden, wie vom historischen Zionismus in der Regel gedacht, für eine jüdische Heimstatt in Palästina einsetzten, und mit welchen Mitteln sie das taten, spielte für die GegnerInnen des Zionismus nicht die entscheidende Rolle. Da sie die Juden für das Übel schlechthin und für den Quell alles Bösen hielten, konnten sie aber selbstverständlich auch nicht für die Errichtung eines jüdischen Staates sein. Sie hielten ein derartiges Vorhaben für gefährlich – als der Staat Israel dann tatsächlich entstand, war nicht mehr das Vorhaben problematisch, sondern die Tatsache, dass es diesen Staat gab und dass diejenigen Juden und Jüdinnen, die in ihm lebten, ihn zu erhalten gedachten.

In der im AJZ getroffenen Aussage wird „Zionist“ eindeutig abwertend gebraucht. Was sonst soll es bedeuten, dass die Nicht-Einladung mit der Begründung bekräftigt wurde, „er sei ja auch Zionist“? Soll bereits die Tatsache, dass jemand „Zionist“ ist, als Bestätigung der Entscheidung herhalten, dass eine Person nicht eingeladen werden kann, muss diesem „Zionist“-Sein an sich etwas Problematisches anhaften. Die Argumentation würde keinen Sinn machen, wenn man das Wort „Zionist“ durch ein positiv besetztes Wort ersetzen würde, wie zum Beispiel „Antifaschist“: Die Aussage, man würde eine Person nicht einladen, denn diese „sei ja auch Antifaschist\_in“, ergibt im Kontext des AJZ keinen Sinn. „Zionist“ funktionierte hier als Synonym für etwas Schlechtes. Dass nicht ausgeführt werden musste, was denn genau problematisch am „Zionist“-Sein ist, setzt wiederum einen Konsens voraus – einen neuartigen Gedanken hätte man sich wohl auszuführen gezwungen gesehen. Was das „Schlechte“ am „Zionist“-Sein soll, muss nicht weiter begründet werden.

Will man zum Ausdruck bringen, dass man es für problematisch hält, dass Karl Pfeifer zusammen mit anderen den israelischen Staat mit der Waffe in der Hand erkämpft hat, und hält man es für problematisch, dass er auch heute Israel für eine historische Notwendigkeit ansieht, so kann man dies auch anders tun als über das Schlagwort „Zionist“ – aber vielleicht sind auch in der Logik des Antizionismus automatisch alle diejenigen, die sich wie Karl Pfeifer verhalten haben und positionieren, „Zionisten“?

Dass dieser Begriff auf Karl Pfeifer angewendet wurde, dass „Zionist“ als Schlagwort in einer auf Gerüchten basierenden Diskussion verwendet wurde, ein Begriff, der inhaltlich so antisemitisch aufgeladen ist, wie er es nun einmal ist, führt uns zu der Ansicht, dass mit dieser Äußerung antisemitische Denkstrukturen und Inhalte zum Ausdruck gebracht wurden.

## **Ergebnis**

Aber nicht nur für uns, insbesondere für Karl Pfeifer war die Entscheidung krass. Der Vorwurf, an einem Massaker beteiligt gewesen zu sein, Menschen getötet zu haben, wenn

---

<sup>8</sup>Und selbst wenn es so sein sollte, ist damit noch lange nicht klar, dass Karl Pfeifer darunter das Gleiche versteht und es gleich bewertet wie die Person, die ihm das „Zionist“-Sein unterstellte.

auch vielleicht nur in Form logistischer Unterstützung, ist wohl einer der schlimmsten Vorwürfe, die einem Menschen gemacht werden können. So etwas leichtfertig und unbewiesen zu behaupten, ist ein unglaublicher Akt der Herabwürdigung einer Person.

Karl Pfeifer war durch die Entscheidung tief verletzt. Er war in seiner Person als Jude, als antifaschistischer Aktivist und Überlebender der Shoah verständlicher Weise entsetzt, in einem linken autonomen Zentrum in Deutschland einen Vortrag über Antisemitismus und Antiziganismus nicht halten zu können.

Vielleicht war es nicht die Absicht der Hausversammlung, Karl Pfeifer persönlich anzugreifen und zu verletzen, im Ergebnis hat die Entscheidung der Hausversammlung aber dazu geführt. Dass dies an einem Ort passierte bzw. die Entscheidung von einem Ort ausging, der ansonsten für sich in Anspruch nimmt, besonders viel Rücksicht auf verschiedene Formen der Erfahrung von Gewalt und Unterdrückung zu nehmen, finden wir krass. Wie kann es sein, dass einem Überlebenden der Shoah in einem linken autonomen Zentrum faktisch Redeverbot erteilt wird? Ist niemand derjenigen, die die Entscheidung getragen haben, auf die Idee gekommen, dass die Situation, in die man ihn bringt, ihn „triggern“ könnte, in ihm die traumatische Erfahrung aufruft, in Deutschland nicht erwünscht zu sein? Ist man als Jude in Deutschland nur erwünscht, wenn man sich umfassend erklärt, seine Anwesenheit rechtfertigt?

### **3.2. Kritik der „Stellungnahme der Hausversammlung des AJZ Bielefeld vom 01.12.2009 zu der räumlichen Verlegung der Infoveranstaltung mit Karl Pfeifer am 19.11.2009“**

Wir möchten an dieser Stelle die Stellungnahme kritisieren, die die Hausversammlung des AJZ am 1. Dezember 2009 veröffentlicht hat und die auf der Homepage des AJZ nachzulesen ist. Wir zitieren dazu einen Artikel<sup>9</sup> von den Genoss\_innen der **Gruppe Alas! (Denkbewegung Bielefeld)**<sup>10</sup>. Wir geben diesen Text hier wieder, weil in diesem Text eine ausführliche kritische Auseinandersetzung mit der Stellungnahme des AJZ zu finden ist, die wir zu einem großen Teil richtig finden. Wir haben diejenigen Passagen des Artikels ausgewählt, die wir unterstützen können. Wir sind dankbar, dass sich die **Gruppe Alas! (Denkbewegung Bielefeld)** diese Mühe gemacht hat und glauben, dass es unnötig ist, diese Arbeit zu wiederholen. Darum folgen nun also Auszüge aus dem besagten Text. Von uns vorgenommene Kürzungen und Einschübe sind durch geschweifte Klammern {...} gekennzeichnet:

*„{...} Das AJZ entschuldigt sich, weil alles gut und richtig war*

*Die AJZ-Hausversammlung hat sich in ihrer Stellungnahme<sup>11</sup> entschuldigt. Doch nicht so recht bei Karl Pfeifer und auch nicht für die Absage seiner Veranstaltung. Wofür und bei wem stattdessen? Dafür, "dass sowohl durch missverständliche und [von der Antifa-AG in ihrem Gedächtnisprotokoll] aus dem Kontext gerissenen Bemerkungen, als auch durch die missverständliche Wiedergabe von Äußerungen [durch die AG!], sowie durch Fehlkommunikation innerhalb des AJZ und mit der Antifa-AG [an der, soviel ist den weiteren Ausführungen zu entnehmen, nicht zuletzt auch die AG mit schuld sei] Dritte [wer?] angegriffen und verletzt wurden, dafür können wir nur aufrichtig um Entschuldigung bitten - was wir hiermit tun." Das ist doch mal Ent-schuld(ig)ung im Wortsinne. Sinngemäß besagt dieses Zitat: 'Es tut uns, der HV, sehr leid, dass die Antifa-*

<sup>9</sup> Ausreden gegen Antisemitismus oder: die schamlose Entschuld(ig)ung des AJZ Bielefeld; [<http://www.spme.net/cgi-bin/articles.cgi?ID=6292>] Zugriff 2010-03-22

<sup>10</sup> E-Mail: [alasalas@rocketmail.com](mailto:alasalas@rocketmail.com)

<sup>11</sup> Nachzulesen auf <[www.ajz-bielefeld.de](http://www.ajz-bielefeld.de)>. Alle Zitate in diesem Artikel, die keine anders lautende Quellenangabe haben, stammen aus der Stellungnahme.

AG so blöd ist und dass deswegen irgendwer [nämlich "Dritte"] angegriffen und verletzt wurde.' Sollte hiermit tatsächlich Karl Pfeifer gemeint sein, so wird den bisherigen Unverschämtheiten noch eine hinzugefügt, indem er nicht einmal mit seinem Namen angesprochen, sondern stattdessen unter 'Dritte subsumiert wird - als wäre er innerhalb eines Konfliktes, der sich wesentlich um vermeintliche Aspekte seiner Biographie entzündete, selbst ein Außenstehender. Wer sonst gemeint sein könnte wird nicht ersichtlich. Andererseits wurde, so die HV, "die Veranstaltung mit Herrn Pfeifer [...] nicht aufgrund des Inhaltes der Veranstaltung [...] oder der Person Karl Pfeifer verlegt." Es ging also eigentlich gar nicht um Karl Pfeifer? Scheinbar doch, denn "in der Absagemail der AJZ'ler\_innen eine Woche vor der Veranstaltung"<sup>12</sup> sei der Antifa-AG mitgeteilt worden "dass es Unklarheiten bzgl. des Vortragenden gäbe". Es ging also um Karl Pfeifer, und es ging doch nicht um ihn. Überhaupt läuft die innere Logik der HV-Stellungnahme immer wieder zu Höchstleistungen auf: Von einer "Absagemail" ist im obigen Zitat die Rede, und zwar schon "eine Woche vor der Veranstaltung". 'Absage?' Wie passt das nun wieder dazu, dass ansonsten in der Stellungnahme penetrant nur von einer "räumlichen Verlegung" die Rede ist? Wenn hieran eines deutlich wird, dann wie Leute nichts von dem gewusst haben wollen, was sie getan haben: Einerseits haben sie die Absage frühzeitig rausgeschickt, andererseits war es gar keine Absage, sondern eine 'räumliche Verlegung'. Erstens hatte der Eimer schon ein Loch, als ich ihn mir ausgeliehen habe, zweitens habe ich ihn heile zurückgebracht und drittens niemals ausgeliehen: So verhalten sich Menschen, die vertuschen wollen, dass sie etwas angestellt haben, und die nicht bereit sind ihre Fehler einzugestehen, zu reflektieren und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Die Entschuldigung geht weiter: "Wir bedauern sehr, dass die Kommunikation zwischen den AJZ'ler\_innen und der Antifa-AG derart schlecht und ungenau war. Wären die Bedenken der AJZ'ler\_innen frühzeitig der Antifa-AG mitgeteilt worden, hätte noch recherchiert bzw. mit Herrn Pfeifer kommuniziert werden können. Für diesen Fehler entschuldigen wir uns." Alles, wovon hier die Rede ist, beschränkt sich auf den Zeitraum VOR der fraglichen Hausversammlung, die den eigentlichen Skandal darstellte.

Nach den Entschuldigungen kommt noch mehr Bedauern: "Wir bedauern auch, dass die anwesenden Personen der Antifa-AG nicht geäußert haben, dass sie die Entscheidung, die Veranstaltung nicht im AJZ, sondern in der FH durchzuführen, anscheinend nicht mittragen wollten. Dies war auf der Hausversammlung nicht ersichtlich." Es ist in der Tat bedauerlich, dass die auf der HV anwesenden Antifa-AG-Mitglieder angesichts erfolgten Äußerungen und der Entscheidung der HV nicht viel vehementer protestiert haben. Die HV selbst ist allerdings nicht unbedingt in der Position, sich hierüber beschweren zu können: Denn da in ihrer Version des 'Konsensprinzips' die Zweifel einzelner Leute als eine Art Generalveto geltend gemacht werden, hätten die AG-Mitglieder schimpfen können wie sie wollten - für die Entscheidung wäre das schließlich unerheblich gewesen. Mit diesen Entscheidungsstrukturen hätte aus Sicht der HV in diesem Fall kein anderer Entschluss gefasst werden können; es sei denn natürlich, die AG wäre auf einen der generösen Kompromissvorschläge eingegangen, die ihr gemacht wurden.

Da gab es etwa den "Vorschlag, mit Herrn Pfeifer Kontakt aufzunehmen, um so die Bedenken ausräumen zu können". Wir stellen uns also vor: XY, Mitglied der Antifa-AG, ruft zwei Tage vor der Veranstaltung Karl Pfeifer an: 'Hallo Herr Pfeifer. Na, wie geht's?... Schön. Nur eine kleine Frage zur kommenden Veranstaltung in Bielefeld: Haben Sie, nur so interessehalber, rein zufällig in den 1940er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg an

<sup>12</sup> {Wir möchten hier darauf hinweisen, dass wir die Logik, die in der Rede von der Absagemail drinsteckt, nicht teilen. „Absagemail“ macht aus der Sicht des AJZ eine Unterscheidung auf zwischen dieser Mail, die von einer Gruppe verfasst wurde, und der Entscheidung der HV, die ihre Entscheidung nach wie vor nicht als Absage, sondern nur als Verlegung auffasst. Diese Unterscheidung ist für uns unzutreffend - wir sind der Meinung, dass die „Verlegung“ eine „Absage“ war.}



einem Massaker in einem palästinensischen Dorf teilgenommen? Na, klingelt da was?... Wann genau, fragen Sie? Welches Dorf überhaupt? Naja, das wussten die ja auch nicht so genau. Wer das behauptet? Nein nein, das wurde gar nicht behauptet, das war nur so eine Frage, könnte ja sein... Sie brauchen sich aber auch nicht davon distanzieren, wenn sie nicht mitgemetzelt haben. Das muss nur abgeklärt werden, weil hier nämlich auch niemand vom Schwarzen September eingeladen würde. {...} Die HV würde dann bloß noch mal neu abschätzen, ob Ihr Hintergrund dem Minimalkonsens des AJZ vielleicht entgegenstehen würde, und das könnte dann zu Bedenken führen, Ihnen das AJZ für eine Veranstaltung zur Verfügung zu stellen. Das hätte dann natürlich nichts mit Ihrer Person zu tun.<sup>13</sup> Ende der Vorstellung.

Zweiter Vorschlag: "[...] die Veranstaltung zu verschieben, so dass es Gelegenheit gäbe, sich mit dem Zusammenhang genauer zu beschäftigen, um dann eine Entscheidung treffen zu können." Mal ganz abgesehen davon, dass dieser Vorschlag die Annahme voraussetzt, es wäre kein Problem gewesen, mithilfe einer Zeitreisemaschine Karl Pfeifers Flug nach Deutschland zu verschieben und seinen Terminkalender leer zu fegen: Auch in diesem Falle wäre wohl ein Anruf beim Referenten notwendig gewesen. Wir stellen uns also (als Möglichkeit A der Umsetzung dieses Vorschlags) eine Variante des oben imaginierten Telefonates vor, mit dem Unterschied, dass XY, Mitglied der Antifa-AG, Herrn Pfeifer außerdem eröffnet, dummerweise müsse die Veranstaltung verschoben werden, insofern habe er (Karl Pfeifer), falls ihn gerade sein Gedächtnis im Stich lasse, nun ein paar Wochen Zeit, drüber nachzudenken. Parallel könnten Mitglieder der AG in den palästinensischen Gebieten rumreisen und mal in den Dörfern rumfragen, ob sich wer an Herrn Pfeifer erinnert. Möglichkeit B: YX ruft bei Karl Pfeifer an, erfindet irgendeinen Grund für die Notwendigkeit, die Veranstaltung zu verschieben, und dann wird hinter Pfeifers Rücken recherchiert. Soviel zu den konstruktiven 'Vorschlägen' der HV an die Antifa-AG.

Kaum ist konstatiert worden, dass die Entscheidung, den Vortrag zu 'verlegen', "weder antisemitisch noch antizionistisch motiviert" {...} gewesen sei, entblödet sich die HV nicht, damit hausieren zu gehen, die HV sei "der Ort, an dem auch 'Gerüchte' ernst genommen und geklärt werden müssen", als hätte Adorno den berühmten Satz "Der Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden."<sup>14</sup> nie geschrieben. Schamlos auch, das ohnehin schon euphemistische Wörtchen 'Gerücht' in Anführungsstriche zu setzen, als müssten die SchreiberInnen noch einmal betonen, dass es sich ja doch nicht nur um ein Gerücht handele, sondern "lediglich" um eine berechtigte "Frage". Eine solche Herumlaviererei, wo eine Ablehnung dieser Räumlichkeiten für diesen Referenten zur "Verlegung" umgedichtet und dann doch wieder von einer "Absagemail" gesprochen wird, wo die Assoziation von Pfeifer als Massaker-Teilnehmer als harmlose Frage deklariert wird und wo es mal um die Person Pfeifers gegangen sein soll und dann doch wieder nicht, zeugt herzlich wenig von der eingeforderten "(selbst)kritischen Art" der Auseinandersetzung, sondern (bestenfalls) von mangelndem Bewusstsein für Proportionen und fehlender Sensibilität gegenüber einem Referenten, der 1943 gerade noch eben den deutschen Lagern entkommen konnte. {...}

Gerade vor dem Hintergrund dieser Ermahnung kann es aus unserer Sicht nur als Frechheit aufgefasst werden, dass in der Stellungnahme zwei der Hauptanlässe dafür, dass Kritik zum "Thema Antisemitismus" schließlich überhaupt aufkam, einfach unterschlagen werden: Zum einen die Aussage in der HV, Karl Pfeifer sei ja Zionist, zum anderen die dort ebenfalls geäußerte Feststellung, der 'Schwarze September' werde ja

<sup>13</sup>Die Inhalte dieses fiktiven Telefonates stellen großteils satirische Zuspitzungen tatsächlicher Passagen der Stellungnahme des AJZ dar.

<sup>14</sup>Theodor W. Adorno: Minima Moralia, Frankfurt am Main 2001 (1951), S. 200.

*schließlich auch nicht ins AJZ eingeladen.<sup>15</sup> In der Stellungnahme der HV werden sowohl die besagten Aussagen selbst als auch die konkrete Kritik daran unter den Teppich gekehrt.*

*{...}*

*Mögen die "selbst verwalteten, autonomen Strukturen" auch noch so 'schwerfällig' sein - wieso haben sich eigentlich nicht einmal die UrheberInnen der fraglichen Sätze zu Wort gemeldet, um aufzuräumen mit all den 'Missverständnissen'? Sollte, wer der Vorwurf "unsachlicher, konstruierter und falscher Berichterstattung" erhebt, nicht imstande und willens sein, diese zu widerlegen?*

*{...}*

*Nach der Bereitschaft, wirklich auch auf "die eigenen Fehler, Vorurteile und Ressentiments" einzugehen, suchen wir in der Stellungnahme vergebens. Da wird sich für ein paar Kommunikationsschwächen entschuldigt, nur um zwei Absätze später zu betonen, wie "richtig und gut" die eigenen "Strukturen" seien, in denen (in abnehmender Opposition zum Staat) die Unschuldsvermutung umgedreht wird. So wird ziemlich deutlich gesagt, dass die Beweislast im 'Fall Pfeifer' nicht etwa denjenigen zu tragen gehabt hätten, die die 'Frage' der angeblichen Verstrickung in ein Massaker ins Spiel brachten, sondern die Antifa-AG, "da diese sich als Veranstalterin, obwohl ihnen in der Absagemail der AJZ´ler\_innen eine Woche vor der Veranstaltung mitgeteilt wurde, dass es Unklarheiten bzgl. des Vortragenden gäbe, nicht im Vorfeld um eine Klärung der Unklarheiten bemüht haben."*

*{...}*

*Selbst die Antwort auf die einfachste Frage, wie sich die AG denn um eine "Klärung von Unklarheiten" hätte bemühen sollen, während ungeklärt war, worin jene überhaupt bestehen sollten, bleibt uns das AJZ schuldig.*

*Während auf der einen Seite munter drauflos entschuldigt, entschuldigt, bedauert und unter den Teppich gekehrt wird, wird in der gleichen Stellungnahme also - zunächst unterschwellig und am Ende ganz offen - immer wieder der Spieß umgedreht. So stellt die HV fest, "dass das Vorgehen der Hausversammlung des AJZ offensichtlich für Personen, die nicht mit selbst verwalteten, autonomen Strukturen vertraut sind, irritierend war und auch insbesondere, dass es in der Zwischenzeit - trotz der massiven Vorwürfe in der Presse - keine Äußerung aus dem AJZ gab". Mit dieser Aussage wird suggeriert, die 'Irritation' vieler Personen, Gruppen und Medien habe sich auf das Konsensprinzip beschränkt.*

*{...}*

*Für die HV hingegen besteht der Skandal eher darin, "dass aus einem hausinternen Kommunikationsproblem und dem Befolgen unserer selbst vorgegebenen Entscheidungsstrukturen eine derartig politisch aufgeladene Debatte wurde, die den tatsächlichen Beiträgen der internen Diskussion nicht gerecht wird". Skandalös ist aus Sicht des AJZs offenbar nicht, dass Pfeifer an jenem Abend nicht im AJZ sprechen konnte, sondern dass er anschließend nicht zugelassen hat, dass das unter den Teppich gekehrt wird. Als würde nicht gerade diese Behandlung als quasi bürokratisches Problem einer Reflexion der Situation zuwiderlaufen und die Ignoranz gegenüber der deutschen Geschichte (auch der der Linken) deutlich machen.*

*{...}*

*Leute aus den 'Strukturen', die evtl. an die Presse gegangen sind oder sich selbst öffentlich geäußert haben, stehen auf einmal als NestbeschmutzerInnen da. {...}*

*Die HV aber erklärt nun die AnklägerInnen zu TäterInnen, und die Hauptverursacherin*

---

<sup>15</sup> Siehe das Gedächtnisprotokoll.

[http://engageonline.files.wordpress.com/2009/11/gedachtnisprotokoll\\_antifa\\_ag.pdf](http://engageonline.files.wordpress.com/2009/11/gedachtnisprotokoll_antifa_ag.pdf) > der Antifa-AG-Mitglieder.

*des ganzen Dramas - sich selbst - zum Opfer 'indiskutabler' Berichterstattung. {...} Und ganz am Rande wird - für den Fall, dass sich doch noch jemand trauen sollte, den Antisemitismusvorwurf aufrechtzuerhalten - relativiert {...}: "Denn es ist selbstverständlich, dass niemand vor Antisemitismus oder Rassismus gefeit ist." Na dann, wenn das so einfach ist. Verantwortlich sind also alle und niemand.*

Mehr muss aus unserer Sicht zur Kritik der Stellungnahme der Hausversammlung von uns nicht gesagt werden.

### **3.3 Kritik der Strukturen im AJZ**

Der Vorfall in seiner Besonderheit hat uns Abläufe im Haus im Allgemeinen vor Augen geführt, die wir für veränderungswürdig, mindestens für diskussionswürdig halten. Dies soll nicht als böswillige Intervention gegen das Haus missverstanden werden, sondern wir erinnern daran, dass konflikthafte Diskussionen für die Geschichte des Hauses durchaus immer wieder bildend und wichtig gewesen sind.

#### **Zum Einspruchverfahren**

Zur unseren Überlegungen zum Konsensprinzip auf der HV zitieren wir einen Teile aus unserer letzten Stellungnahme den wir weiterhin für richtig halten:

*„In einem konsensorientierten Gremium ist die Recherche von Informationen die grundlegende Entscheidungsbasis für jedwede Entscheidung. Vertrauen gegenüber der Information und der Person, die sie vermittelt, sind für die Entscheidungsfindung eine absolut notwendige Voraussetzung. Weil das Prinzip des Vertrauens so grundlegend ist, muss jedes Bedenken ernst genommen werden. Auf der anderen Seite trägt der/die Informant\_in die Verantwortung, nur Informationen zu übermitteln, für die er\_sie sich verbürgen kann. Wer andere überzeugen will, um einen Konsens bilden zu können, muss den Vorsatz haben, ausreichend zu recherchieren und dementsprechend zu präsentieren. Da in diesem konkreten Fall der/die Informant\_in dies nicht gewährleistet hat, ist von ihm\_ihr das Konsensprinzip missachtet worden. Damit ist geschenktes Vertrauen missbraucht worden. Im Bezug auf die übrigen Teilnehmer\_innen der HV ist zu bemerken, dass die offensichtliche Unsicherheit der Informationen nicht zum Misstrauen diesen gegenüber geführt hat. Das ist problematisch.[...] Allgemein muss die nicht zeitnahe Überprüfbarkeit der Informationen für eine konsensbasierte Problemlösung als ein immer wieder auftauchendes Problem anerkannt werden.[...] Die bequeme Blockadehaltung innerhalb der Entscheidungsfindung führt immer wieder dazu, dass Diskussionen, nach denen ein Bedürfnis besteht, abgebrochen werden. Dies führt immer mehr zu einer Abkehr von Streitkultur, die für das Fortexistieren eines autonomen Zentrums so essentiell ist. Dies soll nicht für einen totalen Meinungspluralismus in autonomen Zentren werben, wohl aber gegen Isolation und Ausschluss plädieren.“*

Dies ist die Kritik am wenig voraussetzungsvollen Veto, welches, in unverantwortlicher Weise benutzt auch als Mittel dazu dienen kann, progressive Entscheidungen und Entwicklungen zu unterbinden, an der wir festhalten. Aber auf das, was wir im Folgenden hinauswollen, abseits vom Fall Karl Pfeifer, ist, dass die Einsicht einkehren muss, dass auch Konsensentscheidungen nicht immer richtig und gut sein müssen, auch ihre Revidierbarkeit gegeben sein sollte und das Bewusstsein dafür existieren muss, dass auch eine Hausversammlung oft (leider) kein herrschaftsfreier Raum ist.

Es ist hier auch im Anschluss die generelle Frage zu stellen, bis zu welchem Maß sich ein politischer Diskussionsraum, der sich als solcher auch versteht, politischen Diskussionen stellt. Politische Themen sind ihrer Sache nach immer kontrovers. Eine vorab gleiche

Sicht auf politische Sachverhalte kann nie vorausgesetzt werden und auch nicht gewünscht sein. Wie ist also ein Raum zu verstehen, der sich resistent verhält gegenüber kontroversen Themen und Veranstaltungen? Gibt es zwischen den Polen „strikte Tabuisierung“ und „Verbot von Diskussionen und Personen“ und „unbegrenzte Debattierbarkeit für alles und jeden“, ein für alle vertretbares „Dazwischen“? Und wie soll die Grenze des Diskutierbaren gefunden werden, wenn gar nicht darüber diskutiert wird?

### **Das Verständnis von der Hausversammlung und die Sache mit dem Protokoll und der Stellungnahme**

Der Vorwurf von Seiten der HV an die AG, sie hätte sensible Personaldaten veröffentlicht, ist zwar mehrfach widerlegt worden, jedoch verweist die dennoch anhaltende Verärgerung darüber darauf, dass es unterschiedliche Einschätzungen darüber gibt, was eine HV eigentlich sein soll. Das generell die Möglichkeit bestehen muss, den von Entscheidungen betroffenen Personen Auskunft über die Entscheidungsfindung zu geben, ist prinzipiell unstrittig<sup>16</sup>. Die HV ist ein öffentliches Plenum und eben kein Ort für klandestine Aktionsgruppentreffen, denn die werden lieber wo anders gemacht. Auf der HV werden Dinge, die das Haus in irgendeiner Weise betreffen, besprochen. Sie steht erst einmal allen Interessierten offen. Insofern entschärft sich für uns die grundsätzliche Kritik an der Anfertigung und Weitergabe eines Gedächtnisprotokolls. Wenn das AJZ an dieser Offenheit festhalten will, dann muss es auch ertragen, dass das, was in ihm passiert, nach außen dringen kann, um es einer erweiterten Diskussion und Reflexion zur Verfügung zu stellen. Wir finden es nicht nachvollziehbar, dass die Dynamiken und komplexen Rede- und Argumentationsverläufe einer Diskussion, die mitunter schwer zu verfolgen sind, gar nicht als praktisches Problem innerhalb der Verständigung berücksichtigt werden. Wenn aber etwas in schwierigen Fällen ernsthaft von Diskutant\_innen verstanden werden will, muss es möglich sein, sich Erinnerungsstützen aufzubauen, damit nicht alles Schall und Rauch ist. Auch damit Debatten nicht unnötig durch rekonstruktive Wiederholungen in die Länge gezogen werden, könnte man das Verhältnis zu individuellen Aufzeichnungen überdenken. Und wir stellen noch einmal klar: Es ging im Fall von Karl Pfeifer nie um vergangene, zukünftige oder theoretische linksradikale Praxisformen oder persönliche Stellungnahmen, die drohten kriminalisiert zu werden oder hätten kriminalisiert werden können. Dann wäre ein Protokoll selbstverständlich tabu, aber hier wurde aus einer organisatorischen Frage eine inhaltliche Diskussion und was sollte Linke daran stören wenn andere Menschen davon erfahren? Man kann realistischere nicht davon ausgehen, dass Entscheidungsprozess einheitlich wahrgenommen und rekonstruiert werden. Im Zusammenhang mit der Veranstaltung mit Karl Pfeifer wurde auch kritisiert, dass die AG eine öffentliche Stellungnahme gegenüber dem AJZ rausgegeben hat (was daran berechtigt war: siehe Kapitel Kritische Selbstreflexion, grundsätzlich kritisch-solidarischer Umgang, situativ nicht möglich gewesen). Die danach geäußerte Sorge auf der Vollversammlung entspricht wiederum dem Bild eines geschlossenen Hauses, welches von außen nicht anzutasten ist. Denn anstatt sich mit der Sache zu beschäftigen, dominierte in der Diskussion der Ärger darüber, dass ausgehend von der Stellungnahme der AG der Ruf des AJZ und der seiner Nutzer\_innen international in Frage gestellt wäre und man jetzt darum bemüht sein müsse, sich um Schadensbegrenzung zu kümmern. Es wäre aus unserer Sicht ein Schritt in die falsche Richtung, dass linke Zusammenhänge, wenn sie keinen Ausweg sehen mit ihren Problemen innerhalb der Linken, diese nicht öffentlich machen können und für sich behalten.

---

<sup>16</sup> Strittig ist lediglich, ob es einen der Sache nach relevanten Unterschied zwischen schriftlicher und mündlicher Weitergabe gibt.

## **Fraktionierung von Menschen und Gruppen**

Während der Vollversammlung, auf der über die Ausladung Karl Pfeifers gesprochen wurde, wurde in der Diskussion mehrfach deutlich gemacht, dass die Unterteilung von AJZ-Nutzer\_innen in „inner circle“ (innerer Kreis) und ominösen Rest zu kritisieren ist und alle frei und gleich auf der HV vertreten sein sollten. Tatsächlich aber wurde diese Teilung in „Wir“ und „Die (Gäste)“ immer wieder vorgenommen. So wurde während jener VV darüber geredet, ob man sich nicht zunächst unter Ausschluss der AG bzw. im „inner circle“ beratschlagen sollte. Wir wollen nicht bestreiten, dass es unangenehm ist, wenn man inhaltlich angegriffen wird und dazu Stellung beziehen soll. Aber hier wurde auch wieder eine Gruppe von Menschen konstruiert, die irgendwie „mehr AJZ“ ist als diejenigen Menschen, die auch in der AG sind. Dieser Prozess weist auf ein ungelöstes Grundproblem hin, nämlich den Widerspruch zwischen dem Anspruch nach freier Assoziation in linken Zusammenhängen und den Folgen der Mehrfachbeteiligung Einzelner in verschiedenen Gruppen. Dass Menschen, die zeitgleich im AJZ, der AG und sonst noch aktiv sind, gar nicht wissen konnten, wie sie sich hätten verhalten sollen, und gezwungen waren, sich selbst zu kategorisieren, wurde nicht reflektiert. Personen, die auch in der AG organisiert sind, wurden kaum als einzelne Sprecher\_innen anerkannt, und das, obwohl die Trennung durch die verschiedensten Verflechtungen und Tätigkeiten von AG-Aktiven im Haus und dem mehrfachen Hinweis auf die heterogene bis zum Dissens reichende Einschätzung der Ereignisse innerhalb der AG eigentlich dies ad absurdum hätte führen müssen. Es ist auch nicht so, dass das nicht immer wieder benannt worden wäre. Wir haben dafür keine Lösung parat, aber finden, dass es so auch nicht weitergehen kann und hier alle verantwortlich sind zu überlegen, wie man damit weiter verfährt.

## **4. Kritische Selbstreflexion**

### **4.1 Die AG auf der Hausversammlung**

Wir, die Antifa AG, haben nicht in entsprechender Schärfe und Vehemenz und vor allem nicht augenblicklich auf der HV gegen die, in Abschnitt 3.1 ausgeführten, Vorgänge Stellung bezogen. Dies hätten wir tun sollen. Die Entscheidung, in ihrer politischen Konsequenz und ihrer persönlichen Bedeutung für den Shoa-Überlebenden Karl Pfeifer, hätte sofort zurückgewiesen werden müssen, die „Verlegung“ hätte nicht akzeptiert werden dürfen. Wir hatten allerdings nicht mit einer derartigen Reaktion des AJZ gerechnet und waren dementsprechend nicht so vorbereitet, dass wir die vorgebrachten Anschuldigungen sachlich sofort haben entkräften können. Da einige AJZler\_innen auch in der AG aktiv sind, war ein konsequentes Handeln individuell erschwert. Da der Verdacht der Referent habe in einer Einheit gedient, die möglicherweise ein Massaker verübt habe, die auf der HV anwesenden AGler\_innen aus heiterem Himmel traf, konnte er leider nicht sofort als unhaltbar zurückgewiesen werden. Diese Umstände sollen allerdings unser Verhalten weder relativieren noch rechtfertigen, wir hoffen vielmehr, es nachvollziehbar machen zu können. Wenn im folgenden Kritik an der HV geübt wird, kann und will sich die AG, da sie eben auch auf dieser HV anwesend war, dieser Kritik nicht entziehen.<sup>17</sup>

---

<sup>17</sup>Dies nimmt jedoch Dritte nicht aus der Verantwortung, sich nicht ebenso kritisch zu der Entscheidungsfindung und Entscheidung geäußert haben zu können.

## **4.2 Zur Kritik des AJZ an der Antifa-AG<sup>18</sup>**

Wir sehen insgesamt und unabhängig von den Vorwürfen seitens des AJZ die Notwendigkeit, die Geschehnisse aus unserer Perspektive darzustellen. Wir wollen unsere Position klar machen und Gerüchten entgegentreten. In der Tat hätten insbesondere im Nachgang der Veranstaltung mit Karl Pfeifer einige Sachen besser laufen können, und wir finden es wichtig, hierzu auch selbstkritisch Stellung zu beziehen.

### **Zum Gedächtnisprotokoll und Umgang mit der Presse**

Direkt nach der Entscheidung auf der HV wurde Karl Pfeifer mitgeteilt, dass die Veranstaltung nicht im AJZ stattfinden könne. Er war dadurch im Vorfeld über die faktische Absage durch das AJZ informiert. Bei dem Essen mit Karl Pfeifer direkt vor unserer Veranstaltung mit ihm in der FH Bielefeld, also zwei Tage nach der HV, an dem einige AGler\_innen teilnahmen, bat dieser um eine Beschreibung der Entscheidungsfindung der HV.

Das aus unserer Sicht absolut berechnete Bedürfnis Karl Pfeifers zu erfahren, wieso sein Vortrag kurzfristig nicht im AJZ stattfinden sollte, und unsere Verantwortung als Veranstalter\_innen ließen es uns sehr plausibel erscheinen, ihm den abgelaufenen Entscheidungsfindungsprozess zu erläutern.

Die Alternative wäre nur gewesen, ihn im Unklaren zu lassen, da es keine anderen Personen gab, die ihn hätten in Kenntnis setzen können. Dass die Weitergabe dieser Information in schriftlicher Form geschah, hat seinen Grund darin, dass Karl Pfeifer uns um schriftliche und durch Unterschrift beglaubigte Informationen bat.

Er führte dazu aus, dass er bereits in der Situation gewesen ist, dass ihm nicht geglaubt und seine Quellen angezweifelt wurden. Eine schriftliche Erklärung sei für ihn wichtig, um sie im Zweifelsfall für sich heranziehen zu können. Wir haben uns dazu bereit erklärt, ihm eine solche Erklärung, das spätere Gedächtnisprotokoll, zu geben.

Der Prozess der Erstellung und Bearbeitung des Protokolls fand zeitgleich zu der Veranstaltung statt. Da Karl Pfeifer direkt nach der Veranstaltung abreisen musste, konnte ihm das Protokoll erst in der Situation seiner Abreise übergeben und auch nicht ausführlich erläutert werden. Wir haben ihn nicht nachdrücklich gebeten, das Gedächtnisprotokoll nicht zu veröffentlichen.

Dass dieses Protokoll später im Netz zu finden sein würde, war weder gewollt, noch schien es an diesem Abend naheliegend, dass dies geschehen würde.

Während und nach der Veranstaltung wurde von einem Teil der Personen, die auf der HV anwesend waren, ein Gedächtnisprotokoll verfasst. Den anderen Personen, die am Abend anwesend und auf der HV waren, wurde dies vorgelegt. Es wurde von ihnen gegengelesen und bestätigt.

Der Referent der AG unterschrieb stellvertretend für die anderen Anwesenden AG`ler\_innen (die Mitverfasser\_innen und Sichter\_innen) das Protokoll. Wir sind so vorgegangen, da der Name des Referenten sowieso schon öffentlich in Verbindung mit der Antifa AG gebracht werden konnte und er daher mit seiner Unterschrift keine „internen“ Informationen weitergab.<sup>19</sup>

Im Gedächtnisprotokoll wurden, entgegen anders lautender Behauptungen, und dies muss hier ausdrücklich noch einmal bekräftigt werden, keine auch nur ungefähren Altersangaben gemacht, es wurden keine Namen genannt und auch keine Personenbeschreibungen gemacht. Es wurden also keine Identitäten preisgegeben. Es

---

<sup>18</sup>Die folgenden Ausführungen beziehen sich zum Teil auf mündlich geäußerte Kritik von Einzelpersonen aus dem AJZ, sowie auf die schriftliche Stellungnahme der HV vom 19. November 2009.

<sup>19</sup>Die Antifa-AG ist formal eine AG des AstA der Uni Bielefeld. Die AG stellt jährlich zwei Referent\_innen, die die AG, zum Beispiel auf Sitzungen des Studierendenparlamentes (Stupa), „repräsentieren“. Deren Namen sind öffentlich bekannt.

wurden lediglich Aussagen und Geschehnisse in ihrem zeitlichen Verlauf wiedergegeben. Wir wussten natürlich, dass Karl Pfeifer Journalist ist. Er war jedoch auch und für uns in erster Linie unser Referent für diesen Abend.<sup>20</sup> Wir finden, aus den oben genannten Gründen, die Weitergabe dieser Informationen *an ihn* unter den gegebenen Umständen und in der gewählten Form weiterhin richtig.

Der Umgang mit ihm ist daher nicht nur zu unterscheiden von dem Umgang mit der Presse am Telefon (Jungle World, Jerusalem Post), sondern auch anders zu bewerten. Der Umgang mit der Presse war in der Tat vorschnell und hätte besser koordiniert sein müssen.

Wir haben hier leider nicht als Gruppe gehandelt. Ein unvorbereiteter und ungeübter Umgang mit Presse haben dazu geführt, dass Einzelpersonen ohne Absprache gehandelt haben. Es hat sich gezeigt, dass dort Schwächen in der eigenen Struktur bestehen.

Wir möchten jedoch klarstellen, dass von uns aus weder der Umgang mit der Presse aktiv gesucht wurde, noch dass die Absicht bestand, dem AJZ zu schaden. Es wurden zudem keine Informationen weitergegeben, die nicht sowieso schon, durch die Stellungnahme, öffentlich zu finden gewesen sind. Auch hier wurden keine Informationen weitergegeben, die auf eine Identität der an der Diskussion Beteiligten hätten schließen lassen können.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass besonders in linksradikalen Zusammenhängen ein überlegter Umgang mit der Presse da sein muss, und wir werden uns hierüber Gedanken machen. Wir bitten jedoch insbesondere die Personen, die sich vor allem an der Berichterstattung der bürgerlichen Presse gestoßen haben, zu bedenken, dass weder der politische Skandal durch eine Entscheidung der AG entstanden ist, noch, dass ein Nicht-Verhalten gegenüber der Presse eine Skandalisierung verhindert hätte. Die Absage aufgrund der „Bedenken zur Person Karl Pfeifers“ war dafür völlig ausreichend.

Was das Bashing autonomer (Entscheidungs)Strukturen<sup>21</sup> und des damit verbundenen Prinzips der Anonymität durch die Presse angeht, ist der Vorwurf uns gegenüber berechtigt, dass es besser gewesen wäre, wenn wir uns bereits in unserer ersten Stellungnahme von diesem Bashing klar distanziert hätten. Wir möchten dies hiermit nachholen und erklären uns grundsätzlich solidarisch mit Menschen, die (versuchen,) sich selbstverwaltet (zu) organisieren und sehen uns selber als Teil solcher Strukturen.

Fazit: Es ist nicht toll gelaufen.

Dennoch wiederholen wir hier am Ende unserer Ausführungen noch einmal, dass wir die inhaltliche Kritik bezüglich antisemitischer Denk- und Verhaltensweisen nicht zurücknehmen werden. Ob eine weitere Zusammenarbeit mit „dem AJZ“ (wer immer das ist) in Zukunft möglich sein wird, hängt von der Bereitschaft der Menschen im AJZ ab, sich mit unserer Kritik auseinanderzusetzen und dem Ergebnis dieser Auseinandersetzung.

Antifa AG // April 2010

---

<sup>20</sup>Es ist klar, dass er wesentlich aus seiner journalistischen Erfahrung heraus referierte, aber wir haben ihn nicht als Journalist eingeladen.

<sup>21</sup>Vielleicht wäre es besser gewesen, Karl Pfeifer noch am Abend die Besonderheiten und das Funktionieren autonomer Strukturen zu verdeutlichen, mit dem Wunsch und der Absicht, dass er diese Strukturen nicht als an sich problematisch darstellt. Dies stand jedoch als Thema nicht im Raum. Zudem, und es ist eigentlich unnötig dies zu sagen, hat natürlich Karl Pfeifer selber jedes Recht, sich eine eigene, auch sehr kritische Meinung zu den Prozessen und den Ergebnissen der Prozesse im AJZ und zu allem anderen zu bilden, unabhängig von den Informationen, die wir ihm gegeben haben und hätten geben können. Er tut dies (zum Glück!) auch und wird es vermutlich auch weiterhin tun.

